

POLITISCHE POSITIONEN DER PAPIER- UND ZELLSTOFFINDUSTRIE 2025

Von Toilettenpapier und Zeitungspapier bis hin zu faserbasierten Verpackungslösungen für nachhaltige und zukunftsweisende Innovationen – Papier spielt eine zentrale Rolle in unserem täglichen Leben. Als größter Hersteller von Papier und Zellstoff in Europa produziert unsere Industrie unverzichtbare Güter in Deutschland. Sie ist ein wesentlicher Teil einer beständigen Kreislaufwirtschaft und der Bioökonomie. Basierend auf nachwachsenden Rohstoffen hat sie eine sehr hohe Altpapiereinsatzquote und investiert erheblich in die Transformation. Um diesen Beitrag weiterhin leisten zu können und wettbewerbsfähig zu bleiben, braucht es dringend bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

UNSERE KERNFORDERUNGEN

1. ENERGIEKOSTEN SENKEN

Die Reduktion der Treibhausgase je Tonne Papier um 43 Prozent gegenüber 1995 zeigt den wichtigen Anteil der Papierindustrie an der Energietransformation. Um die Zukunftsfähigkeit des deutschen Wirtschaftsstandortes jedoch mittel- bis langfristig zu erhalten, braucht es mehr nachhaltig produzierte und bezahlbare Energie, denn die deutschen Energiekosten sind nicht wettbewerbsfähig und belasten die Papierhersteller enorm. Die Produktion von Papier- und Kartonprodukten in Deutschland sank im Jahr 2023 um 14 Prozent. Damit erreichte die heimische Produktion den niedrigsten Stand der letzten 20 Jahre. Die Folgen sind Rückbau von Papiermaschinen und Schließung von Papierfabriken.

DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK DAHER AUF:

- den qualitativen Ausbau der erneuerbaren Energien (EE) und des Stromnetzes weiter zu fördern
 - EE-Förderung auf zeitlichen Bedarf ausrichten
 - Volatile Einspeiser an den Netzkosten beteiligen

- Netzentgeltentlastung für die Industrie, auch für den stromintensiven Mittelstand, auf ein wettbewerbsfähiges Niveau sicherstellen

- Netzentgelte durch Umschichtung der Transformationskosten (Redispatch, Umlage für gesicherte Kapazität, ...) in Umlage oder Haushalt anpassen

- Zuschuss zu Übertragungsnetzentgelten aus dem Haushalt finanzieren

- den Gaspreis von Abgaben, Umlagen und Steuern zu befreien

- Gasspeicherumlage abschaffen

- Steuerreduktionssatz nach § 54 (2) Nr. 2 EnergieStG auf 5 Euro pro Megawattstunde anheben

- für Entlastung bei Gasnetznutzungsentgelten sorgen

- die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung zu verlängern und zu erweitern, um Planungssicherheit herzustellen

- die Klimaschutzverträge (KSV) und die Bundesförderung für Industrie und Klimaschutz (BIK) unbürokratisch weiterzuentwickeln

- eine breite Industrieförderung durch ein neues Wachstumsprogramm zu ermöglichen

2. KREISLAUFWIRTSCHAFT STÄRKEN

Die Produkte der Papier- und Zellstoffindustrie werden aus erneuerbaren Rohstoffen hergestellt, sind auf Kreislauffähigkeit ausgelegt und damit Teil der Bioökonomie. Papiere aus Primärfasern (Holz und Zellstoff) und solche aus Sekundärfasern (Altpapier) sind zwei Seiten einer Medaille. Die Altpapiereinsatzquote in Deutschland von 83 Prozent ist international ein absoluter Spitzenwert. Der Altpapierkreislauf kann jedoch nur durch ständige Zufuhr frischer Fasern erhalten bleiben.

DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK DAHER AUF:

- alle Rohstoffarten in der Papier- und Zellstoffindustrie inkl. Altpapier gleichwertig zu behandeln
- der Branche mehr Verantwortung zu übertragen, damit das Recycling von Papier in Deutschland weiter verbessert werden kann
- mögliche Änderungen am Verpackungsgesetz faktenbasiert und nur auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse umzusetzen
- die richtige Trennung und Entsorgung von PPK-Verpackungen über die blaue Tonne durch eine einheitliche Kennzeichnung zu gewährleisten
- der zunehmenden Bürokratisierung des Waldes entgegenzuwirken. Die Waldbesitzenden kennen ihre Wälder am besten und können mit hohen Freiheitsgraden zukunftsfähige Wälder schaffen, die wertvolle Ökosystemleistungen erbringen.
- Wasserversorgung zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen sicherzustellen

3. ÜBERBORDENDE BÜROKRATIE ABBAUEN

Der Normenkontrollrat berechnet die Kosten für den bürokratischen Erfüllungsaufwand auf insgesamt 27,1 Milliarden Euro pro Jahr, eine enorme Belastung für Deutschland und unsere Industrie. Erschwerend kommt hinzu, dass die neuen EU-Regulierungen, die Deutschland wegen des Green Deals umsetzen muss, nicht durch die nationale „Bürokratiebremse“ erfasst werden.

DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK DAHER AUF:

- die Umsetzung von EU-Recht in der nationalen Bürokratiebremse zu berücksichtigen
- sich auch auf europäischer Ebene für den Abbau überbordender Bürokratie einzusetzen
- Vorschläge der EU auf deren Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu prüfen sowie sich an die Eins-zu-eins-Umsetzung europäischer Gesetzesinitiativen zu halten
- Berichtsstandards anzugleichen und zu vereinheitlichen sowie eine übergreifende Berichterstattung zu ermöglichen
- die Industrieemissions-Richtlinie unbürokratisch ins deutsche Recht umzusetzen
- Planungssicherheit für wasserrechtliche Genehmigungsverfahren zu gewährleisten. Wasserrechte müssen wieder für lange Zeiträume erteilt werden. Im Wasserhaushaltsgesetz (WHG) sollte die „unwesentliche Änderung“ im Anzeigungsverfahren statt eines Genehmigungsverfahrens eingeführt werden.

